

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Verteiler:

- die Delegierten zum Kreisparteitag
- die Mitglieder des Kreisvorstandes
- den Vorstand des Kreisparteiausschusses
- die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise
- die Mitglieder der Kreistagsfraktion
- die Revisoren
- die Landesparteiratsmitglieder
- den Vorsitzenden der Schiedskommission
- die Mitglieder des Landtags
- den Bundestagsabgeordneten
- den Landesvorsitzenden
- den Landesgeschäftsführer
- die Vorsitzenden der Kreisverbände Plön, Neumünster, Kiel
- die Ortsvereinsvorsitzenden per Post zur Weitergabe an die Delegierten

Rendsburg, 08.11.2011

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in der Anlage schicke ich Dir die Unterlagen für den Außerordentlichen Kreisparteitag mit parallel stattfindender Kreiswahlkonferenz am 19.11.2011 im Kulturzentrum Hohes Arsenal in Rendsburg.

Wie Du siehst, haben wir auf dem Kreisparteitag ein umfangreiches Antragspaket zu beraten. Damit die Antragsberatung - insbesondere zum Landtagswahlprogramm - nicht zu kurz kommt oder am Nachmittag unter Zeitdruck erfolgen muss, hat der Kreisvorstand mit dem KPA-Vorsitzenden vorsorglich einen Termin für eine Sitzung des Kreisparteiausschusses koordiniert.

Alle Anträge, die wir am 19.11. nicht beraten können, werden wir an den Kreisparteiausschuss überweisen, der am Sonnabend, den 10.12.2011, 10.00 - 15.00 Uhr in Eckernförde stattfindet. Es ist sichergestellt, dass alle beschlossenen Anträge noch am 10.12.2011 fristgerecht beim Landesverband eingehen.

Denke bitte an die Foren, die wir zum Auftakt des Parteitags anbieten. Melde Dich bitte gleich bei der Ankunft zu einem der drei Foren an:

SPD
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Nienstadtstr.10
24768 Rendsburg
Tel. 04331-4374602
Fax 04331-4374603

E-Mail
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
Internet
www.spd-rd-eck.de

Bankverbindung
Sparkasse Mittelholstein
BLZ 214 500 00
Konto 10 245

Kreisvorsitzender Sönke Rix Tel.: 04331-8685765 E-Mail: kontakt@soenke-rix.de

1. Die Digitale Gesellschaft: Eine neue Herausforderung an die Politik?
(Beispielhaft zu Jugendschutz, Ermittlungsarbeit, Datenschutz)
2. Aktiver Wahlkampf vor Ort - Ideen, Planung, Durchführung
3. Alt werden in Dorf und Quartier - Anforderungen an eine demografieorientierte Kommunalpolitik

Du erleichterst uns natürlich die Arbeit, wenn Du schon vorher im Kreisbüro Bescheid gibst, wofür Du Dich interessierst.

Denke bitte weiter daran, dass wir 25 Delegierte für den Landesparteitag und für die Landeswahlkonferenz wählen. Wenn Du Delegierte/r werden möchtest, melde Deine Kandidatur bitte ebenfalls rechtzeitig, spätestens aber bis 11.00 Uhr auf dem Parteitag an.

Solltest Du an der Teilnahme am Kreisparteitag verhindert sein, bitte ich Dich, das Kreisbüro umgehend zu unterrichten und die Unterlagen direkt oder über Deinen Ortsvereinsvorstand an die Ersatzdelegierte / den Ersatzdelegierten weiterzureichen.

Wir freuen uns auf Deine Teilnahme!

Mit freundlichen Grüßen



Sönke Rix,
Kreisvorsitzender

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Verteiler:

- die Delegierten zum Kreisparteitag
- die Mitglieder des Kreisvorstandes
- den Vorstand des Kreisparteiausschusses
- die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise
- die Mitglieder der Kreistagsfraktion
- die Revisoren
- die Landesparteiratmitglieder
- den Vorsitzenden der Schiedskommission
- die Mitglieder des Landtags
- den Bundestagsabgeordneten
- den Landesvorsitzenden
- den Landesgeschäftsführer
- die Vorsitzenden der Kreisverbände Plön, Neumünster, Kiel
- die Ortsvereinsvorsitzenden per Post zur Weitergabe an die Delegierten

Rendsburg, den 06.10.2011

Liebe Genossin, lieber Genosse,

auf Beschluss des Kreisvorstandes laden wir dich hiermit ein zu einem

**Außerordentlichen Kreisparteitag
mit parallel stattfindender Kreiswahlkonferenz
am 19.11.2011 im Hohen Arsenal,
Arsenalstr.2, 24768 Rendsburg,
Beginn 10:00 Uhr, Einlass ab 09:30 Uhr**

Gemäß Kreissatzung sind Anträge bis spätestens zum 29.10.2011 dem Vorstand über die Kreisgeschäftsstelle einzureichen, um sie den Delegierten rechtzeitig vor dem Parteitag zustellen zu können.

Antragsberechtigt sind der Kreisvorstand, die Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Projektgruppen. Tages- und Geschäftsordnungen sind beigelegt, ebenfalls die bereits vorliegenden Anträge des Kreisvorstandes.

Solltest Du an der Teilnahme am Kreisparteitag verhindert sein, bitte ich Dich, das Kreisbüro umgehend zu unterrichten und die Unterlagen direkt oder über Deinen Ortsvereinsvorstand an die Ersatzdelegierte/ den Ersatzdelegierten weiterzureichen.

SPD
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Nienstadtstr.10
24768 Rendsburg
Tel. 04331-4374602
Fax 04331-4374603

E-Mail
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
Internet
www.spd-rd-eck.de

Bankverbindung
Sparkasse Mittelholstein
BLZ 214 500 00
Konto 10 245

Kreisvorsitzender Sönke Rix Tel.: 04331-8685765 E-Mail: kontakt@soenke-rix.de

Zum Auftakt des Parteitags bieten wir Euch drei Foren an zu folgenden Themen:

1. Die Digitale Gesellschaft: Eine neue Herausforderung an die Politik?
(Beispielhaft zu Jugendschutz, Ermittlungsarbeit, Datenschutz)
2. Aktiver Wahlkampf vor Ort - Ideen, Planung, Durchführung
3. Alt werden in Dorf und Quartier- Anforderungen an eine demografie- orientierte Kommunalpolitik

Die Foren werden jeweils mit einem Input-Referat beginnen und Euch zu einer Diskussion einladen, Dauer: ca.1,5 Stunden.

Hierzu sind ebenfalls alle interessierten Genossinnen und Genossen eingeladen, bitte meldet Eure Teilnahme im Kreisbüro möglichst unter Nennung des Forums an!

Nach der Mittagspause, in der im Foyer Getränke und kleine Gerichte zu günstigen Preisen angeboten werden, wollen wir in die Delegiertenwahlen zum Landesparteitag und zur Landeswahlkonferenz und in die Antragsberatung einsteigen.

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme!

Mit freundlichen Grüßen



Sönke Rix,
Kreisvorsitzender



**Außerordentlicher Kreisparteitag
am 19. November 2011**

Kulturzentrum „Hohes Arsenal“, Rendsburg

**Antrag Nr.: B 1
Antragsteller: AfB**

Die Gemeinschaftsschule ist und bleibt die Schule der Zukunft!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Rendsburg-Eckernförde bekennt sich weiterhin klar zur Gemeinschafts-
- 2 schule. Sie ist und bleibt das Ziel einer guten Bildungspolitik, bei der alle Kinder und
- 3 Jugendlichen so weit wie möglich gefördert werden, ohne aussortiert zu werden.
- 4
- 5 Die gegenwärtige Entwicklung zu einem zweigliedrigen Schulsystem begrüßen wir
- 6 als Weg in die richtige Richtung, es ist aber nicht das Ziel unserer Bildungspolitik.
- 7
- 8 Wir wollen das Gespräch mit allen Beteiligten sowie deren VertreterInnen suchen
- 9 und auf diesem Weg unser Schulsystem weiterentwickeln.
- 10
- 11 Unsere Gemeinschaftsschulen in SH müssen verstärkt in die Lage versetzt werden,
- 12 ihren Unterricht für den bestmöglichen Erfolg ihrer Schülerinnen und Schüler zu ge-
- 13 stalten. Es müssen Anreize für alle Schulen geschaffen werden, sich zu Gemein-
- 14 schaftsschulen weiter zu entwickeln.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag Nr.: B 2
Antragsteller: AfB

Alle Schulabschlüsse an allen weiterführenden Schulen!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Rendsburg-Eckernförde setzt sich dafür ein, dass an allen weiterführenden
- 2 Schulen alle Schulabschlüsse erworben werden können. Ziel muss es sein, dass die
- 3 Schulen einmal aufgenommene Schüler/innen individuell fördern bis sie/er ihre/seine
- 4 Schule mit dem individuell bestmöglichen Abschluss verlässt. Ein Abschulen oder
- 5 Querversetzen lehnen wir ab.

Begründung:

Solange wir es zulassen, dass Schulen oder Schularten Kinder und Jugendliche noch aussortieren können, werden wir niemals näher an ein faires und gerechtes Schulsystem kommen. Entgegen der Behauptungen handelt es sich zu oft bei den Kindern und Jugendlichen, die eine Schule verlassen müssen, nicht nur um solche, die eine bestimmte Leistungen nicht erbringen können, sondern gerade auch um unbequeme Schülerinnen und Schüler. Es ist uns ebenfalls zu einfach, zu behaupten, dass eine bestimmte Leistung nicht erbracht werden kann. Gerade die Erfahrungen mit dem zweiten Bildungsweg zeigen, dass es sich nicht um eine Unmöglichkeit bei den Menschen handelt, sondern vielfach auch um andere Umstände (z.B. Motivation, Unterrichtsmethoden, außerschulische Umstände, soziale Probleme). Eine gute Schule muss sich damit auseinandersetzen und mehrere Lernwege und außerunterrichtliche Unterstützung zum Erreichen eines Zieles anbieten: Kein Kind ohne Abschluss, bestmögliche Förderung für alle Kinder!

Antrag Nr.: B 3
Antragsteller: AfB

Abschlussbezogene Schulklassen werden abgeschafft

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Rendsburg-Eckernförde lehnt eine Einsortierung der Kinder am Ende der
- 2 Grundschule nach Schularten oder in Bildungswege, die zu Beginn schon das Ziel
- 3 festlegen, ab. Wir erwarten, dass abschlussbezogene Schulklassen schnellst mög-
- 4 lich abgeschafft werden. Hierzu ist das Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein
- 5 zu ändern.

Begründung:

Es ist am Ende der Grundschule kaum absehbar, welche Entwicklung ein Kind nehmen wird. Es widerspricht unserem Ziel einer optimalen Förderung aller Kinder und Jugendlichen in der Schule, wenn sie zu früh auf ein Ziel festgelegt werden und damit die Abstände zwischen den Kindern mit den weiteren Schuljahren immer größer werden. Der FDP-Bildungsminister Klug versucht, durch das Einführen von abschlussbezogenen Schulklassen innerhalb von Regional- und Gemeinschaftsschulen den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens zu unterlaufen. Dies kostet nicht nur unnötiges Geld, es zersplittert unser Schulsystem noch weiter und schwächt die integrativen Schul- und Unterrichtsformen. Gutes gemeinsames Lernen kann nur in echten Gemeinschaftsschulen stattfinden. Auch Gymnasien wissen zu Beginn nicht, wie sich die dort eingeschulten Kinder entwickeln. Die viel zitierte „homogene Gruppe“ ist eine Fata Morgana, die sich nur im Wunschdenken realisiert. Auch die Gymnasien müssen daher alle ihre Schülerinnen und Schüler so weit wie möglich fördern, ohne sich durch Selektion ihrer zu entledigen.

Antrag Nr.: B 4
Antragsteller: AfB

Generelle Mindestgrößen für Schulen zerstören den ländlichen Raum

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die Festlegung von generellen Mindestgrößen für Schulen rein aufgrund von Schü-
- 2 llerzahlen am Schreibtisch in Kiel lehnen wir ab. Es muss vor Ort, z.B. auf der Amts-
- 3 oder Kreisebene, über Klassen und Schulgrößen und damit den verantwortungsvol-
- 4 len Erhalt und die Zukunft von Bildungsstandorten in den Regionen entschieden
- 5 werden.

Begründung:

Zurzeit legt das Schulgesetz fest, dass das Bildungsministerium durch Erlass regelt, wie groß eine Schule mindestens sein muss, damit sie ein eigenständiger oder organisatorisch verbundener Standort ist oder geschlossen werden muss. Bleiben wir dabei, werden nach und nach immer mehr Schulen gerade im ländlichen Raum zerstört und Bildung auf immer weniger Orte konzentriert. Dies führt zu einer Nachwanderung der Familien. Es wird dabei hauptsächlich mit der pädagogisch sinnvollen Größe argumentiert. Eine solche Größe basiert bisher auf dem Unterricht im Klassenverband. Dieser ist seit Einführung von Arbeitsplänen und individuellem Unterricht auf dem Rückzug, d.h. die Kinder lernen in ihrem Tempo und können zu einem Zeitpunkt verschiedene Dinge, Themen oder Fächer bearbeiten. Ob es sinnvoll ist einen Standort zu erhalten, weiter zu entwickeln oder zu schließen kann also nicht mehr nur mit einer Zahl von Kindern und Jugendlichen geregelt werden. Vielmehr müssen sich die Menschen vor Ort zusammen setzen und sich darüber einigen, wie eine sinnvolle Schulstruktur in ihrer Region aussieht, die guten Unterricht, Bildungswege passend zur Beinlänge und einen verantwortungsvollen Einsatz der Finanzmittel gewährleistet. Geeignete Kriterien sind z.B. Unterrichtsqualität, gute Ausstattung, Erreichbarkeit.

Antrag Nr.: B 5
Antragsteller: AfB

Elternanteile an Schülerbeförderungskosten sind unnötige Bildungshürden

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Rendsburg-Eckernförde war und ist gegen Elternanteile an den Schülerbe-
- 2 förderungskosten. Sie setzt sich dafür ein, dass die entsprechenden Gesetze und
- 3 Erlasse schnellst möglich wieder abgeschafft werden. Dies ist auch im Regierungs-
- 4 programm der SPD zu verankern.

Begründung:

Elternanteile an den Schülerbeförderungskosten sind eine unnötige Bildungshürde. Der Zugang zu einer guten Bildung muss für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Wohnort gewährleistet sein. Alle Hindernisse, die den bestmöglichen Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen behindern, müssen abgeschafft werden. Die Finanzierung dieses Anspruchs ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir haben uns bisher auf allen Ebenen der SPD gegen die Einführung von Elternanteilen an den Schülerbeförderungskosten und nach deren Einführung durch CDU und FDP öffentlich für deren Abschaffung eingesetzt. Es ist nun ein zentraler Punkt von Glaubwürdigkeit, die Abschaffung in das Regierungsprogramm zu schreiben und nach dem Regierungswechsel schnellst möglich aktiv umzusetzen.



Außerordentlicher Kreisparteitag am 19. November 2011

Kulturzentrum „Hohes Arsenal“, Rendsburg

Antrag Nr.: B 6
Antragsteller: AfB

Ein Schulfrieden ist kein Wert an sich!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD Rendsburg-Eckernförde lehnt einen Schulfrieden als reinen Selbstzweck
- 2 ab. Alle Veränderungen im Bildungssystem und dessen Strukturen dürfen nur da-
- 3 nach bewertet werden, wie sie die Kindern und Jugendlichen auf dem Weg zum
- 4 bestmöglichen Schulabschluss fördern. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass
- 5 wir den Dialog mit den Beteiligten suchen und uns gemeinsam auf den Weg machen.

Begründung:

Vieler Orts wird nach einem Schulfrieden gerufen, als ob wir nicht wüssten, wohin uns die letzten Jahrzehnte mit einem einheitlichen Schulsystem ohne bzw. mit mäßigem Veränderungswillen geführt haben: Nicht an die Spitze der PISA-Liste, sondern unter den Durchschnitt! Natürlich wollen auch wir ein einheitliches und verlässliches Schulsystem, aber wir wollen auch die besten Schulen für alle Kinder. Wir wissen, dass es in Umbruchzeiten bei der Umgestaltung in großen Systemen nicht ohne Baustellen geht. Seit ihrer Einführung 2007 sind unsere Gemeinschaftsschulen ein großer Erfolg, den wir weiter fördern müssen! An den Gemeinschaftsschulen der ersten Stunde kann man heute schon sehen, dass nach einer Umbauphase, auch mit Irritationen und Fehlern, sich diese nun eingelaufen haben und viel erfolgreicher sind als die Schulen aus denen sie entstanden sind. Wir wollen die Umbauphasen aber nicht übers Knie brechen und sie müssen gut geplant und vorbereitet werden. Die Schulen brauchen genügend Zeit und die nötigen Mittel zur Entwicklung für die Umsetzung. Weitere Entwicklungen im Schulsystem und an Schulen wollen wir gemeinsam mit den Menschen und ihren Vertretern in einem handwerklich guten Verfahren planen und umsetzen.

Antrag Nr.: B 7
Antragsteller: AfB

Zeitgemäße Praxisraumausstattung an beruflichen Schulen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Eine gesicherte Ausstattung der Praxisräume in Beruflichen Schulen und RBZ muss
- 2 gewährleistet sein. Gute theoretische Berufsausbildung erfordert eine zeitgemäße
- 3 Praxisraumausstattung (z.B. Werkstätten, Küchen, Labors). Sie ist ein großer Vorteil
- 4 der dualen Ausbildung.

Begründung:

Die Träger der Beruflichen Schulen und RBZ (Regionalen Berufsbildungszentren) sind die Kreise, die kreisfreien Städte. Von deren Finanzkraft hängt häufig u.a. die moderne Ausstattung von Fachwerkstätten ab. Gesicherte Ausstattung bedeutet, dass z.B. in NF die Fachwerkstatt Bauwesen in etwa den gleichen Ausstattungsstand haben müsste, wie die in HL. Auch die RBZ in der Rechtsform der AöR (Anstalt öffentlichen Rechts) mit schon mehr Eigenständigkeit, sind auch auf die Finanzmittel ihrer Träger angewiesen.



**Außerordentlicher Kreisparteitag
am 19. November 2011**

Kulturzentrum „Hohes Arsenal“, Rendsburg

**Antrag Nr.: B 8
Antragsteller: AfB**

Berufliche Schulen sichern – Früh planen statt Notlösungen!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Nur Einstellung von qualifizierten Berufspädagoginnen und Berufspädagogen in den
- 2 Schuldienst. Keine Notlösungen aufgrund der entstehenden Pensionierungswelle –
- 3 Schleswig-Holstein muss sich frühzeitig darauf vorbereiten und eine eigene gute
- 4 Ausbildung vorhalten, um den Bedarf zu decken.

Begründung:

Es sollten nur Kolleginnen und Kollegen mit berufspädagogischer Ausbildung eingestellt werden. Gebraucht werden Berufspädagoginnen/ Berufspädagogen und keine Allgemeinbildende, TheoretikerInnen oder TechnikerInnen. Da in SH nur für wenige Berufsfelder BerufsschullehrerInnen ausgebildet werden, muss das Land SH dafür Sorge tragen, dass die Einstellungspraxis für angehende Lehrkräfte aus anderen Bundesländern im berufsbildenden Schulwesen attraktiver gemacht wird. Es muss Anreize geben, als Lehrkraft nach SH kommen zu wollen (wie das in anderen Bundesländern schon geschieht)

Antrag Nr.: B 9
Antragsteller: AfB

Frühkindliche Bildung – Mehrsprachigkeit fördern und Sprachen anbieten

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die Förderung der Mehrsprachigkeit der Kinder im Alter von 2 bis 7 Jahre muss vor-
- 2 rangetrieben werden. Neben der deutschen Sprache soll jedes Kind die Möglichkeit
- 3 haben, eine weitere Sprache auf dem Niveau einer Muttersprache zu erlernen. Fern-
- 4 ziel ist, dass die Mehrsprachigkeit an Kitas beginnt und in Schulen nahtlos weiter ge-
- 5 führt wird.

Begründung:

Die Fähigkeit des Erlernens von mehreren Sprachen ist als Kind optimal angelegt, wird aber bisher zu wenig gefördert. 15jährige Erfahrungen zum Beispiel aus dem Verbund Kita-Grundschule in Altenholz zeigen, dass diese Förderung unserer Kinder ohne Mehrkosten möglich ist. Die Ergebnisse der Sprachkompetenz der Kinder und die Leistungen in den Fächern wie Deutsch und Mathe steigen parallel an. Die Wissenschaft (Uni Kiel) geht inzwischen davon aus, dass die Vermittlung einer weiteren Sprache im Alltag der Institutionen weit mehr an kognitiver Förderung mit sich bringt, als die Sprachkompetenz in einer weiteren Sprache – nämlich die Fähigkeit des logischen Denkens.

Antrag Nr.: B 10
Antragsteller: AfB

Gerechtigkeit bei der Besoldung der Lehrkräfte

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD schließt sich der gewerkschaftlichen Forderung zur Herstellung gleicher
- 2 Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein an. Die
- 3 Forderung 24 - 24 - 13, also 24 Schüler pro Klasse, 24 Stunden Unterrichtsverpflich-
- 4 tung und eine gleiche Besoldung von A 13 für alle Laufbahnen soll so schnell wie
- 5 möglich eingeführt werden.

Begründung:

Die Voraussetzungen zur Einstellung in die Lehrämter sind bisher faktisch und nach der Umstellung auf das Bachelor/Mastersystem auch formal gleich. Die täglichen Aufgaben der Lehrkräfte unterschiedlicher Laufbahnen sind zwar unterschiedlich, aber in ihrer unterschiedlichen Ausprägung gleichermaßen belastend. Der hohe Stand an Frühpensionierungen von Lehrkräften aller Schularten spricht eine eindeutige Sprache. Darüber hinaus sollen das Interesse, die Neigung und die Befähigung den Laufbahnwunsch junger Studierenden beeinflussen, nicht das zu erwartende Einkommen. Die besten Abiturienten eines Jahrganges müssen sich ohne weitere finanzielle Überlegung für die Primarschule entscheiden können.

Antrag Nr.: B 11
Antragsteller: AfB

Zeitgemäße Ausbildung unserer Lehrkräfte

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, die Ausbildung der Lehrkräfte an die Schullandschaft
- 2 anzupassen. Wir werden eine Stufenlehrausbildung einführen. Die Studierenden
- 3 während zunächst bis zum Bachelor für die Sekundarstufe I (Klasse 5-10) ausgebil-
- 4 det. Während des Masterstudienganges folgt eine Spezialisierung als Primarstufen-
- 5 lehrkraft, Sekundarstufen-2-Lehrkraft oder als Sekundarstufen-1-Lehrkraft mit
- 6 Schwerpunkt Förderpädagogik oder allgemeine Pädagogik.

Begründung:

Die alte Einteilung nach Grund- und Hauptschullehrkraft, Realschullehrkraft, Förder-
schullehrkraft und Gymnasiallehrkraft ist spätestens seit den letzten Schulreformen,
der Abschaffung der Hauptschulen und der Einführung der Regional- und Gemein-
schaftsschulen unzeitgemäß. Für die von uns seit Jahren geforderte Gemeinschafts-
schule wird bisher überhaupt nicht ausgebildet. Die pädagogische Aufgabe und Ori-
entierung der jeweiligen liegt aber nicht in einzelnen Abschlüssen sondern in den
Jahrgangsstufen bzw. in den Altersstufen der Schülerinnen und Schüler gegründet.

Antrag Nr.: EN 1
**Antragsteller: Kreisvorstand (AK Europäische
Energiepolitik)**

Energiepolitik für ein starkes Land

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 • Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil der **Daseinsvorsorge**. Der
2 Staat trägt die Verantwortung für die Bereitstellung.
- 3 • Eine sozialdemokratische Energiepolitik wird **Ökologie, Ökonomie und**
4 **Soziales** miteinander in Einklang bringen. Wir wollen eine nachhaltige und
5 sichere Energieversorgung, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
6 stärkt.
- 7 • Die Nutzung **erneuerbarer Energien** (Windenergie, Wasserkraft, Solarener-
8 gie) ist auszubauen. Dazu gehört auch die Erforschung und Entwicklung von
9 Energiespeichern. Atomenergie lehnen wir ab. Energieeinsparung, effiziente
10 Energienutzung und der Ausbau erneuerbarer Energien sind die Mittel, um
11 auch auf die Nutzung von Kohlestrom verzichten zu können.
- 12 • Programm zur energetischen **Gebäudesanierung** müssen fortgesetzt werden.
13 Dies erhöht die Energieeffizienz. Unser Ziel ist es, jährlich mindestens 3% des
14 Gebäudebestandes entsprechend instand zu setzen.
- 15 • Die Nutzung von **nachwachsenden Rohstoffen** in Biogasanlagen darf nicht
16 zu Monokulturen, Belastung des Grundwassers und Rückgang der Artenviel-
17 falt führen. Neue Biogasanlagen müssen zur größt möglichen Verwertung von
18 Reststoffen genutzt werden; sie werden nur noch genehmigt, wenn sie ein
19 Wärmekonzept nachweisen, das fossilen Brennstoffeinsatz vermindert.
20 Bestandsanlagen sind um- und nachzurüsten.
- 21 • Eine **dezentrale Energieversorgung** stärkt die Demokratie und kommunale
22 Verantwortung. Wir fordern den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und

23 Gemeindewerke mit eigener kommunaler Energieerzeugung als Motor zum
24 Umbau der Energiewirtschaft. Das fördert Einsparung, Effizienz und
25 erneuerbare Energien und trägt zu einer kostengünstigen und krisensicheren
26 Energieversorgung bei. Dezentrale Versorgungsstrukturen tragen zur
27 Entlastung der Übertragungsnetze und besseren Ausnutzung der Primär-
28 energieträger bei.

- 29 • Eine konsequente Trennung von Netz und Stromerzeugung sichert den
30 **Wettbewerb** in der Energiewirtschaft. Wir setzen uns für die Übernahme der
31 Netze in Eigentum der öffentlichen Hand ein.
- 32 • Der Aufbau von **Versorgungsnetzen** für Fernwärme zur Verteilung der Ab-
33 wärme von Blockheizkraftwerken und Biogasanlagen ist zwingend notwendig.
34 Der Ausbau des Stromleitungsnetzes soll zunehmend über Erdkabel bzw.
35 Gleichstromübertragung und Kapazitätserweiterung an bestehenden Trassen
36 verlaufen. Hochspannungsleitungen sollen in den Trassen der Autobahnen
37 und der Bahn verlaufen. Beim Ausbau der Netze sind Planungskompetenzen
38 an den Bund abzutreten, um ein bundesweites Gesamtkonzept und zügiges
39 Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. An dem transparenten Planungs-
40 verfahren, das eine Strategische Umweltprüfung (SUP) beinhalten muss, sind
41 Bürgerinnen und Bürger von Beginn an einzubinden. Zusammen mit anderen
42 Bundesländern werden wir den Masterplan „Smart Grid“ aufstellen, um bis
43 2030 ein funktionierendes intelligentes Stromnetz in Deutschland aufzubauen.
- 44 • Bereits im Jahr 2006 kamen 50% des gesamten Stromverbrauchs in Schles-
45 wig-Holstein aus **Windenergie**. Sie ist für uns die wichtigste Energiequelle.
46 Im Jahr 2020 wollen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien produzieren
47 als wir im Land selbst verbrauchen. Dafür werden wir die planerischen
48 Rahmenbedingungen für Repowering der 6000 Windenergieanlagen in SH,
49 die älter sind als 10 Jahre, aktualisieren. Wir wollen den Aufbau des Offshore-
50 Bereichs voranbringen. Wir werden den Anteil der Windenergieeignungs-
51 flächen an der Landesfläche von den jetzt geplanten 1% auf maximal 2%
52 verdoppeln, wenn von kommunaler Ebene einvernehmlich mehr Flächen
53 angemeldet werden.
- 54 • Spätestens 2020 wollen wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der **Kraft-
55 Wärme- Kopplung** über dezentrale Blockheizkraftwerke von 30% des
56 verbrauchten Stroms erreicht haben. Die dabei produzierte Wärme muss

- 57 durch eine Anschluss- und Benutzungsverpflichtung genutzt werden. Bei der
58 Raumwärme haben wir 90 % an Einsparmöglichkeit und 1/3 des nationalen
59 Energiebedarfs.
- 60 • Bis spätestens zur Mitte des Jahrhunderts wollen wir in Schleswig-Holstein die
61 Nutzung **fossiler Energien als Primärenergie** zur Strom-, Wärme- und
62 Kraftstoffproduktion beenden. Als Ersatz für stillgelegte Atomkraftwerke und
63 veraltete Kohlekraftwerke können bis dahin lediglich hocheffiziente
64 Gaskraftwerke akzeptiert werden.
 - 65 • Die **CCS-Technologie** sehen wir als mit höchsten Risiken und Kosten
66 behaftet und damit nicht zum Einsatz geeignet an. Sie wird ohnehin nicht vor
67 dem Jahr 2020 in der Großtechnikpraxis einsetzbar sein und leistet keinen
68 wirksamen Beitrag zum Klimaschutz. Es ist sinnvoller auf die Produktion von
69 CO₂ zu verzichten, als es teuer abzuscheiden und dann aufwendig und
70 risikoreich zu lagern. Wir treten ohne Wenn und Aber gegen eine Deponierung
71 von CO₂ ein. CCS ist nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen und den dafür
72 erneut aufzubringenden Pipelines etc. abzulehnen, zudem blieben dort die
73 fossilen Energiequellen im Fokus
 - 74 • Beim Aufbau der Netze ist die Zusammenarbeit auf **europäischer Ebene** zu
75 suchen. Besondere Priorität hat für Schleswig-Holstein dabei der
76 **Ostseeraum**. Dabei gilt für uns: Der Ausbau von erneuerbaren Energien muss
77 ostseeweit forciert werden. Im Sinne von Best Practice ist auf diesem
78 Themenfeld auch die Zusammenarbeit zwischen Regionen mit einem hohen
79 Anteil erneuerbarer Energien und Regionen mit einem geringen Anteil im
80 gegenseitigen Interesse zu intensivieren. Hier kann Schleswig-Holstein seine
81 Kompetenzen einbringen (Stichwort Windenergie) und gleichzeitig davon
82 profitieren. In vielen Ländern der Ostseeregion sind gewaltige Potentiale zur
83 Energieeinsparung vorhanden, in anderen gibt es bereits Erfahrungen mit
84 Programmen und Maßnahmen zur Energieeinsparung. Diese Kompetenzen
85 und Anforderungen müssen zusammengebracht werden, um eine wirksame
86 Energieeinsparung im gesamten Ostseeraum zu realisieren. Gleichzeitig
87 schaffen Energieeinsparmaßnahmen (z.B. Wärmedämmung) auch
88 Arbeitsplätze. Der Aufbau von ostseeweiten smart-grids ist anzustreben, um
89 den aus erneuerbaren Energien produzierten Strom ostseeweit zu nutzen.
90 Dabei ist insbesondere die grenzüberschreitende Einspeisung von Strom aus

- 91 Ostseeeoffshore- Windanlagen zu regeln. EU-Förderprogramme müssen
92 konsequent auf die Zielrichtung „Energieversorgung ohne Atomstrom“
93 ausgerichtet werden. Für die Nutzung der Kernenergie dürfen keine EU-
94 Gelder mehr zur Verfügung gestellt werden, auch nicht für entsprechende
95 Forschungsvorhaben.
- 96 • Wir werden zur Verfügung stehende **Fördermittel** auf Bundes- und EU-Ebene
97 für eine neue Energiepolitik in größtmöglicher Höhe akquirieren. Dazu werden
98 wir ein Landes-Förderprogramm „Nachhaltige und sichere Energie Schleswig-
99 Holstein“ auflegen, in dessen Rahmen sowohl Forschungs- und
100 Entwicklungsprojekte an unseren Universitäten und die Realisierung von
101 Energieprojekten sowie Ausbildungs- und Qualifizierung in diesem Bereich
102 gefördert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag Nr.: F 1
Antragsteller: OV Eckernförde

Stärkung der personellen Ausstattung der Finanzbehörden zum Zwecke intensiverer Betriebsprüfungen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Die Landesregierung wird aufgefordert, die personelle Ausstattung der Finanzbehörden zum Zwecke der Intensivierung von Betriebsprüfungen zu verbessern, gegebenenfalls auszubauen.

5

Begründung:

Vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung, der Installierung der Schuldenbremse und der Notwendigkeit zu sparen, ist es unumgänglich, dafür zu sorgen, dass der Staat auch die Einnahmen erzielen kann, die dem Gemeinwesen durch Erheben von Steuern zustehen. Steuern sind in ihrer Gesamtheit der umfassendste Solidarbeitrag zur Finanzierung staatlicher Strukturen und damit unverzichtbarer Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens.

Die Stärkung der Behörden zur Einbringung dieser Einnahmen ist daher ein notwendiger und logischer Schritt.

Die Refinanzierung dieser Stellen ist durch die unterstellte erfolgreiche Arbeit gegeben.

Antrag Nr.: RP 1
Antragsteller: Kreisvorstand

Entschließungsantrag zum Entwurf für ein Regierungsprogramm 2012 – 2017

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 • Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen Armut gehört zu den Kernzie-
2 len der Sozialdemokratie. Die Präambel des Regierungsprogramms muss die-
3 ses Anliegen daher deutlich benennen und ein klares Bekenntnis hierzu ent-
4 halten. Neben einer intensiveren Bürgerbeteiligung gehören diese Ziele zu
5 unseren wichtigsten Botschaften und sind Alleinstellungsmerkmal unserer Par-
6 tei.

- 7 • Die Kapitel des Programms müssen entsprechend den auf Seite 4 genannten
8 Grundsätzen neu sortiert werden. Auf das erste Kapitel „Bildung, Chancen-
9 gleichheit und soziale Gerechtigkeit“ muss ein Kapitel „Bürgerbeteiligung und
10 Demokratie“ folgen, das die Kapitel „4.1 Minderheitenpolitik“, „5 Bürgerbetei-
11 ligung und Ehrenamt stärken“, „6.1 Kampf gegen Rechts“ und „7 Schleswig-
12 Holstein - Heimat für alle“ des Entwurfs vereint. Diesem Kapitel folgen dann
13 „Umwelt und Energie“ sowie „Arbeit und Wirtschaft“ mit Abschnitten zu Euro-
14 pa, Verwaltung und Innerer Sicherheit.

- 15 • Kaum ein Thema bewegt die Menschen derzeit so sehr wie die Finanzkrise.
16 Dies wird auch im Mai 2012 nicht anders sein. Als sozialdemokratische Partei
17 müssen wir Antworten geben und dürfen diesem Thema nicht ausweichen.
18 Spätestens auf dem Landesparteitag im Februar 2012 ist daher die Finanzkri-
19 se zwingend im Programm zu berücksichtigen.

- 20 • Im Rahmen der verstärkten Beteiligten und des Dialogs mit Betroffenen ist die
21 „Kieler Runde“ nach dem Vorbild der Regierung Engholm in das Regierungs-
22 programm zu übernehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag Nr.: RP 2

Änderungsanträge Regierungsprogramm

1 **1 (Jusos RD-Eck)**

2

3

Das Regierungsprogramm wird redaktionell so bearbeitet, dass es
konsequent geschlechtergerechte Sprache anwendet.

5

6

Begründung: erfolgt mündlich

7

8

9 **2 (AfB)**

10

11

Zeile 113 – 130: In Bildung investieren:

12

13

„möglichst viele Finanzmittel“. Muss geändert werden in „die
gleichen“, eigentlich noch mit einer Erhöhungsoption.

15

16

hinter „abgesichert sein“ einfügen: „Bildungsausgaben sind eine
Investition in die Zukunft unseres Landes. Sie wird in unseren
Haushaltsaufstellungen an erster Stelle behandelt.“

19

20

Begründung:

21

22

- War schon unser Antrag zum letzten Regierungsprogramm.
- Deutschland will die Bildungsausgaben fußend auf den UN-Millenniumszielen bis 2015 auf 10% des Bruttoinlandsproduktes ausbauen. Seit 2006 (8,5%) gehen diese aber kontinuierlich zurück. Die OECD kommt in ihrem aktuellen Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“ auf nur noch 4,8% für Deutschland, bei einem Schnitt von 5,7 durch alle OECD Länder. Dies bedeutet das Abrutschen von Platz

23

24

25

26

27

28

29

- 30 22 im Jahre 2007 auf Platz 30 heute von insgesamt 36
 31 Plätzen.
- 32 • Durch den Rückgang an SchülerInnen-Zahlen können wir
 33 bereits jetzt ohne Mehrausgaben die Qualität unserer Schulen
 34 und des Unterrichts deutlich verbessern und nähern und den
 35 gewerkschaftlichen und arbeitsmedizinischen Forderung.
 - 36 • Wenn Bildung auch im Handeln erste Priorität bekommen soll
 37 und wir nicht mehr von Bildungskosten sondern nur noch von
 38 Investitionen in unsere Zukunft reden (lange SPD Konsens
 39 und O-Ton Albig), dann muss dieser Bereich ohne Kürzungen
 40 verbleiben. Glaubwürdigkeit unserer Aussagen!
 - 41 • Wenn unsere Politik Früchte trägt, werden wir sogar um eine
 42 Aufstockung der Bildungsausgaben nicht herum kommen
 43 (Stichworte: Ganztagschule, Kita als Bildungsraum,
 44 kommunale Bildungslandschaften, Schulsozialarbeit,
 45 Fachkräfte an Schulen neben KollegInnen ...). Die bisherige
 46 Bevorzugung der Gymnasien (fast 3x so hohe Ausgaben pro
 47 SchülerIn) fußt auf der Idee, dass man zuerst da investiert, wo
 48 es „am meisten“ bringt. Wenn wir alle Kinder im Sinn haben
 49 und niemanden zurücklassen wollen, müssen wir hier an den
 50 anderen Schulen deutlich aufstocken und besonders die
 51 finanzielle und ausstattungsmaßige Benachteiligung der
 52 Gemeinschaftsschulen aufheben.
 - 53 • Gar nicht geht die Aussage „möglichst viele Finanzmittel
 54 erhalten“, da diese Politik-Plattitüde auch „Nichts“ sein kann
 55 und dies auch von den LeserInnen genauso verstanden wird.
 56 Wenn schon, dann muss ein eindeutiges Ziel und eine Tendenz
 57 erkennbar sein „möglichst die gleichen Finanzmittel erhalten.
 58 Dies wird in unseren Haushaltsaufstellungen an erster Stelle
 59 behandelt. Langfristig werden wir die diese Mittel weiter
 60 ausbauen“.

61
 62

63 3 (OV Eckernförde)

64

65 Zeile 114-117:

66

67 Wir treten ein für gleiche Bildungschancen, für hohe Bildungsqualität,
 68 individuelle Förderung und ein lebenslanges Lernen. Daher wollen
 69 wir, das auch bei sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen **an-**
 70 **gemessene** Finanzmittel im Bildungsetat verbleiben, **damit dieses**
 71 **Ziel erreichbar ist.**

72

73

74 Begründung:

75

76 Der Ortsverein findet die alte Formulierung unglücklich und nicht ziel-
77 führend.

78

79

80 **4 (OV Eckernförde)**

81

82 Zeile 121-123:

83

84 Wir werden mindestens 50% der freiwerdenden Stellen an den Schu-
85 len belassen, damit ein Zugewinn für die Unterrichtsqualität **ermög-**
86 **licht** wird und **die** Fördermaßnahmen **ingerichtet und fortgesetzt**
87 **werden können.**

88

89 Begründung:

90

91 erfolgt mündlich

92

93

94 **5 (OV Eckernförde)**

95

96 Zeile: 125-130:

97

98 Die Bildungschancen für unsere Kinder dürfen **auch** nicht in einem
99 finanziellen Wettlauf zwischen reicheren und ärmeren Bundeslän-
100 dern verteilt werden. Deshalb muss auch der Bund wieder in schuli-
101 sche Bildung, für gute frühkindliche Bildung, für gute Ganztagschu-
102 len **und** für Schulsozialarbeit an jeder Schule investieren **können.**
103 **Wir werden uns dafür einsetzen, dass** das Kooperationsverbot
104 zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufgegeben **wird.**

105

106 Begründung:

107

108 erfolgt mündlich

109

110

111 **6 (OV Eckernförde)**

112

113 neuen Absatz nach Zeile 130 einfügen:

114

115 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, das die Einkom-
116 mensvoraussetzungen und die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen
117 und Lehrern in allen Bundesländern vergleichbar bleiben, um den

118 wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Bundesländer um die besten
119 Pädagoginnen und Pädagogen zu verhindern und um gegenüber der
120 Privatwirtschaft als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben.

121
122 Begründung:

123
124 erfolgt mündlich

125
126

127 **7 (AfB)**

128
129 Zeile 136 – 148: Gute Bildung von Anfang an:

130
131 Personalschlüssel fehlt als Ziel oder Versprechen

132
133 Woher kommt die Festlegung auf 5 Stunden?

134
135 Begründung:

136

- 137 • Wir brauchen einen verlässlichen Rahmen für SH mit einem
138 sinnvollen Personalschlüssel, damit sie ihren Bildungsauftrag
139 auch erfüllen können und die MitarbeiterInnen gute
140 Arbeitsbedingungen bekommen.
- 141 • Viele Kitas haben im Vormittagsbereich $5\frac{1}{4}$ oder $5\frac{1}{2}$
142 Stunden. Sollen wirklich Anträge für 20 Minuten gestellt
143 werden? Wie ist der bürokratische Aufwand zwischen
144 kostenlosem und kostenpflichtigen Bereich zu lösen, so dass
145 die MitarbeiterInnen vor Ort sich um die Kindern kümmern und
146 nicht um Papier? Verwaltungskosten müssen weitgehend
147 vermieden werden, die gilt auch für Sozialstaffeln.

148

149

150 **8 (AfB)**

151
152 Zeile 149 – 197: Gute Schule für alle – gemeinsam lernen

153
154 a) Anspruch auf **bestmögliche** individuelle Förderung im
155 Schulsystem.

156

157 Vorschulische Sprachförderung **und –vermittlung** in den
158 Kindertagesstätten und das Angebot einer Sprachintensivförderung
159 **sowie die Mehrsprachigkeit** vor der Schule weiterentwickeln

160

161 b) **Ein sehr hoher Grad an** Inklusion in der Bildung ist ein zentrales
162 Ziel.

163

164 c) Streiche oder Umformulieren: „Neue Abweichungen von dieser
165 Regel werden wir nicht zulassen“.

166

167 Insidern ist klar, dass dies auf G9 an Gymnasien abzielt. Es darf aber
168 nicht als Festlegung auf ein 2-gliedrige Schulsystem mit
169 Selbstfestlegung auf lange Zeit missverstanden werden.

170

171 d) Ergänzen (z.B. ab Z.184) : Wir werden Anreize für alle Schulen
172 schaffen, sich zu Gemeinschaftsschulen weiter zu entwickeln.

173

174 e) Ergänzen, dass wir die Elternanteile an den
175 Schülerbeförderungskosten wieder abschaffen.

176

177 f) „Dies **wollen wir an allen Schulen einrichten**, es soll **dort**
178 **beginnen**, wo besonderer Förderbedarf gegeben ist.

179

180 g) Schulsozialarbeit: sinnvoller Betreuungsschlüssel fehlt. Vorschlag
181 1/100.

182

183 h) Wir wollen eine Initiative für ein kompatibles Schulsystem in ganz
184 Deutschland.

185

- Keine neuen Bildungsregionen.
- Norddeutsche Initiative als Weg ok, aber dafür ins Regprog?
- Einheitliche Namensgebung. Vorschlag: Primarschule, Oberschule, Studienstufe?

186

187

188

189

190

191 **9 (Jusos RD-Eck)**

192

193 Zeile 175- 178 ersetzen durch: Wir setzen uns für ein möglichst flä-
194 chendeckendes Angebot an G9-Oberstufen an Gemeinschaftsschu-
195 len neben dem Abitur nach acht Jahren an Gymnasien ein.

196 Für den Erfolg unserer Gemeinschaftsschulen werden wir das inhalt-
197 liche Konzept der gemeinsamen Beschulung weiter konkretisieren.

198 Dies schließt eine ausreichende Anzahl an Differenzierungsstunden
199 für Lehrkräfte genauso ein wie die Aufhebung von Abschluss bezo-
200 genen Klassengruppen.

201 Unser langfristiges Ziel bleibt "eine Schule für alle".

202

203 Begründung: erfolgt mündlich

204

205 **10 (Jusos RD-Eck)**

206

207 Nach Zeile 196 einfügen: Der (Fahrt-)Weg zur Schule gehört für uns
208 zu einem kostenfreien Bildungsweg dazu. Wir werden daher zur al-
209 ten Regelung der Kostenübernahme bei der Schülerbeförderung zu-
210 rückkehren.

211

212 Begründung: erfolgt mündlich.

213

214

215 **11 (AfB)**

216

217 Zeile 198 – 211: Neue Lehrerausbildung

218

219 a) **Titel ändern:** Neue Ausbildung für **Lehrkräfte**

220

221 b) Ausbildung nach „**Klassenstufen**“ ist Quatsch (Schreibfehler?),
222 muss heißen **Schulstufen**.

223

224 c) **Ergänzen** (z.B. Zeile 201): Wir wollen, dass alle LehrerInnen in
225 der Mittelstufe unterrichten können.

226

227 d) **Ergänzen:** Die Berufsschule ist ein eigenes System, deshalb ist
228 hier eine eigene qualifizierte Ausbildung nötig, die auch neue
229 Berufsfelder (z.B. Umwelttechnik, Pflege, Medizintechnik)
230 berücksichtigt.

231

232 e) **Ergänzen:** Alle angehenden Lehrkräfte sollen zu Beginn des
233 Studiums ein längeres Praktikum absolvieren, in dem sie ihre
234 Berufswahl überprüfen können. Dabei werden sie professionell
235 betreut und beraten werden.

236

237 f) IQSH muss besser werden: Praxis- und Problemorientierter. Mehr
238 Akzeptanz bei Lehrkräften.

239

240

241 **12 (Jusos RD-Eck)**

242

243 Nach Zeile 205 einfügen: Eine Reform der Lehrer_innenausbildung
244 wird mittelfristig auch zu einer Reform der Entlohnung führen. Nicht
245 das Gehalt, sondern die Motivation des_der Einzelnen soll die Ent-
246 scheidungsgrundlage für eine Schulart sein.

247

248 Begründung: erfolgt mündlich.

249 **13 (AfB)**

250

251 Zeile 212 – 235 Stärkung der Beruflichen Bildung

252

253 a) **Ergänzen Zeile 222 hinter ...münden.** : Es ist uns wichtig, dass
254 niemand verloren geht. Wir brauchen eine durchgängige
255 Dokumentation des Bildungsweges jeder/s SchülerIn.

256

257 b) **Ergänzen:** Wir bauen unsere Schulstandorte inhaltlich und
258 organisatorisch so aus, dass sie attraktiv für SchülerInnen und
259 LehrerInnen sind. Dazu gehören auch die Ausstattung und das
260 Angebot der Lehrberufe. Besonders die neuen Berufsbilder in der
261 Umwelttechnik, der Pflege, der Gesundheit (etc.) müssen qualitativ
262 hochwertig angeboten werden.

263 c) **Ergänzen:** Durchlässigkeit zwischen der beruflichen, der
264 allgemeinen und der hochschulischen Ausbildung stärken.

265

266

267 **14 (Jusos RD-Eck)**

268

269 Nach Zeile 258 hinter „infrastrukturelle Maßnahmen“ einfügen:
270 ",sowie Vorrechte von Studierenden in familiärer Verantwortung bei
271 der Wahl von Lehrveranstaltungen"

272

273 Begründung: erfolgt mündlich.

274

275

276 **15 (Jusos RD-Eck)**

277

278 Nach Zeile 260 neu einfügen: "Der Hochschulzugang muss für Men-
279 schen mit beruflicher Bildung geöffnet werden. Eine abgeschlossene
280 Berufsausbildung wird mit der allgemeinen Hochschulreife gleichge-
281 setzt."

282

283 Begründung: erfolgt mündlich

284

285

286 **16 (Jusos RD-Eck)**

287

288 Füge ein hinter Zeile 262: "Alle Bachelorabsolvent_innen haben ei-
289 nen Anspruch auf einen Masterstudienplatz."

290

291 Begründung: erfolgt mündlich

292

293 **17 (AfB)**

294

295 **Zeile 268: Ersetze** „jeder heutige Hochschulstandort“ durch „Unsere
296 Hochschulstandorte Kiel, Lübeck, Heide und Flensburg...“

297

298 **Zeile 277: ergänze** Forschung und **ergänze:** Auch an
299 Fachhochschulen muss man durch Kooperationen promovieren
300 können.

301

302

303 **18 (Jusos RD-Eck)**

304

305 Zeilen 276 bis 278 ("Wir... Exzellenzprogrammen unterstützen.")
306 streichen.

307

308 Begründung: erfolgt mündlich.

309

310

311 **19 (AfB)**

312

313 Zeile 292 – 309 Forschung und Lehre der Zukunft!

314

315 **Ergänze:** Grundlage der Gestaltung unserer Studiengänge ist der
316 Bolognavertrag. Sonderwege und Aufstockung der Inhalte oder
317 Prüfungen lehnen wir ab.

318

319

320 **20 (Jusos RD-Eck)**

321

322 Bei Zeile 306 einfügen: "Enggestrickte Bachelor- und Masterstudien-
323 gänge müssen flexibler gestaltet werden. Wir wollen, dass bei der
324 Anerkennung von Studienleistungen die Beweislast bei der Hoch-
325 schule liegt, nicht bei den Studierenden. D.h., dass die Hochschulen
326 fehlende Qualifikation nachweisen müssen. So können Auslandsauf-
327 enthalte erleichtert werden."

328

329 Begründung: erfolgt mündlich

330

331

332 **21 (AfB)**

333

334 Zeile 310 – 337 Weiterbildung für die Zukunft!

335

336 Ist insgesamt noch etwas dünn. Wir schlagen komplette
337 Überarbeitung dieses Abschnittes vor.

338

339

340 **22 (Kreisvorstand)**

341

342 Die Zeilen 373 bis 472 werden ersetzt durch:

343

344 **Politik für starke Generationen und starke Familien**

345

346
347 Wir verbinden Sozialpolitik und eine gerechte Gesellschaft solidari-
348 scher Generationen mit Schlüsselmaßnahmen für starke Familien:

349

350 Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, gute Bildung für alle
351 Kinder, Steuergerechtigkeit und Stärkung der Sozialsysteme, insbes-
352ondere der Gesundheitsvorsorge, der Alterssicherung und eine
353 Verbesserung der Pflegesituation für alte und kranke Menschen und
354 deren Angehörige. Auch das ist für uns Familienpolitik: Immer noch
355 bestehende Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung
356 oder der Lebensweise wollen wir abbauen.

357

358 Wir werden als Familie alle Lebensformen unterstützen, in denen
359 Erwachsene mit Kindern leben. Familie ist außerdem da, wo Men-
360 schen dauerhaft für einander einstehen und Verantwortung über-
361 nehmen. Diese Verantwortung kann der Staat nicht ersetzen. Die
362 Gründung einer Familie darf aber nicht zum Armutsrisiko werden. Zur
363 Bekämpfung der Armut in Familien mit Kindern und Jugendlichen
364 brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und
365 Kommunen. Kommunen sind der Ort, wo Unterstützung greift. Allein-
366 erziehende sind oft vielfachen Belastungen ausgesetzt und brauchen
367 besondere Unterstützung.

368

369 Wir setzen uns dafür ein, dass die Tagesbetreuung speziell für Kin-
370 der von Alleinerziehenden ausgebaut und Betreuung flexibel sicher-
371 gestellt wird. Gleiches gilt auch für Kinder in Schulen.

372

373 Alleinerziehende brauchen neben familienfreundlichen Arbeitsbedin-
374 gungen Bildungs- und Qualifizierungsangebote, die auf ihre Lebens-
375 situation zugeschnitten sind, auch Ausbildungsangebote in Teilzeit-
376 form, sowie finanzielle Absicherung während der Ausbildung.

377 Die gesetzlichen Instrumente (BaföG, SGB II und III usw.) werden wir
378 auf nötige Veränderungen überprüfen. Schleswig-Holstein soll ein

379 kinderfreundliches Land sein, in dem Kinder eine gute Zukunft ha-
380 ben.
381
382 Wir werden weiter den Kinderschutz stärken. Vorsorgeuntersuchun-
383 gen und frühe Hilfen (z.B. Familienhebammen), die Eltern und Kin-
384 dern beim Start ins Leben und beim Aufwachsen zur Seite stehen,
385 stärken wir und bauen sie aus, ebenso bewährte Elternbildungs- und
386 Beratungsangebote.
387
388 Wir setzen uns dafür ein, dass die Krankenkassen sich stärker und
389 vorrangig an Gesundheitsbildung und -förderung von Kindern betei-
390 gen, auch finanziell. Gesunde Kinder sind als Erwachsene gesunde-
391 re Beitragszahler.
392
393 Das Bildungs- und Teilhabepaket sichert die Teilhabemöglichkeiten
394 von Kindern und Jugendlichen nur unzureichend. Wir werden für eine
395 möglichst unbürokratische Leistungsgewährung eintreten und fordern
396 für die Zukunft eine kostenlose Infrastruktur zur Betreuung und För-
397 derung von Kindern und Jugendlichen.
398
399 Wir treten ein für eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und
400 Jugendliche.
401
402 Die Potentiale der jungen Generation bestimmen maßgeblich darü-
403 ber, ob der demografische Wandel gelingt. Kein Jugendlicher darf
404 auf Grund eingeschränkter materieller Möglichkeiten von Teilhabe
405 und Engagement ausgeschlossen werden. Wir werden daher be-
406 nachteiligte Kinder und Jugendliche besonders fördern, um ihre Teil-
407 habe zu gewährleisten.
408
409 Wir werden uns für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an
410 Entscheidungen im Lande im Sinne umfassender Mitwirkung und
411 Mitbestimmung einsetzen.
412
413 Viele junge Menschen engagieren sich und setzen sich so für sich
414 und andere ein. Mit Übernahme von Verantwortung lernen Jugendli-
415 che, ihre Interessen zu formulieren und sich in demokratische Pro-
416 zesse einzubringen.
417
418 Jugendliche müssen an politischen Entscheidungen beteiligt werden.
419 Wir werden daher die Jugendbeiräte stärken und das Wahlalter bei
420 Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.
421

422 Hierfür brauchen Jugendliche Freiräume. Wir werden bessere Rah-
 423 menbedingungen schaffen, um z.B. politisches und gesellschaftli-
 424 ches Engagement von Jugendlichen auch zeitlich und räumlich zu
 425 ermöglichen. *(Zeile 43 bis 52 würden auch in ein eigenes Kapitel zu*
 426 *den Themen Demokratie und Bürgerbeteiligung passen.)*

427

428 Wir werden die Jugendarbeit aller Verbände, aber auch selbstorgani-
 429 sierte Engagement von Jugendlichen fördern und stärken.

430

431 Freiwilligendienste für junge Menschen, wie z.B. das Freiwillige So-
 432 ziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr werden wir beson-
 433 ders fördern.

434

435 Politik für ältere Menschen wird sich mit den demografischen Verän-
 436 derungen ebenfalls verändern: Seniorinnen und Senioren als wach-
 437 sender Teil unserer Gesellschaft sind alt genug ihr Leben selbstbe-
 438 stimmt zu gestalten. Unser Land ist gut beraten, die Potentiale Älte-
 439 rer für die soziale, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung zu
 440 mobilisieren. Ältere dafür zu bestärken und ihr sich Einbringen zu
 441 ermöglichen ist unsere Aufgabe.

442

443 Die aktive Beteiligung von Seniorenbeiräten auf kommunaler und
 444 Landesebene sehen wir als Bereicherung in der Diskussion, wie wir
 445 unser Land besser auf den demografischen Wandel ausrichten. *(Zei-*
 446 *le 65 bis 67 würden auch in ein eigenes Kapitel zu den Themen De-*
 447 *mokratie und Bürgerbeteiligung passen.)*

448

449 Wir sehen die Sicherung der Mobilität im Alter (z.B. Bürgerbusse,
 450 Sammeltaxen, ÖPNV) als vorrangiges Ziel. Beispielgebende neue
 451 Wohnformen, Barrierefreiheit als bauliche Voraussetzung und
 452 ortsnahe Infrastrukturangebote für Versorgung und Betreuung erhal-
 453 ten die Chancen, möglichst lebenslang in der eigenen Wohnung bzw.
 454 im Wohnquartier leben können. Das werden wir bei der Ausrichtung
 455 der Fördermöglichkeiten stärker berücksichtigen.

456

457 Begründung: erfolgt mündlich

458

459

460 **23 (Jusos RD-Eck)**

461

462 Füge nach Zeile 490 ein: „eine Landesstelle „für Gleichbehandlung –
 463 gegen Diskriminierung“ einrichten, welche die Schleswig-
 464 Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner über ihre Rechte aufklärt
 465 und sie dabei unterstützt, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.“

466

467 Begründung: erfolgt mündlich

468

469

470 **24 (Kreisvorstand)**

471

472 Die Zeilen 502 bis 528 werden ersetzt durch:

473

474 **Inklusion – starke Politik für Menschen mit Be-**
475 **hinderung**

476

477 Die Forderung der Menschen mit Behinderung: „Nicht über uns ohne
478 uns“, ist auch unser Anliegen. Wir wollen, dass Menschen mit Behin-
479 derung so lernen, arbeiten, wohnen und leben können, wie sie es
480 selbst möchten. Wir wollen Inklusion von Anfang an. Das bedeutet
481 gemeinsames Leben und Lernen von der Krippe und dem Kindergar-
482 ten über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium.

483

484 Das Gesetz zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe muss mit
485 dem Ziel Inklusion von allen gemeinsam umgesetzt werden. Die
486 Kreise als Sozialhilfeträger, die freien Träger und die Vertretungen
487 der Betroffenen und ihrer Angehörigen sollen hier verbindlich und
488 eng zusammenwirken.

489

490 Hilfe aus einer Hand ist unser Maßstab. Menschen mit Behinderung
491 sollen selbstbestimmt ihr Wahlrecht durchsetzen können. Dazu ge-
492 hört auch die Auszahlung der Leistungen als Persönliches Budget.
493 Die Bedarfsfeststellung muss landesweit nach einheitlichen Kriterien
494 gemeinsam und transparent erfolgen. Deshalb moderieren wir den
495 Abschluss von Landesrahmenverträgen, die Menschen mit Behinde-
496 rungen individuell und verlässlich Unterstützung gewährleisten.

497

498 Die Beschäftigungssituation für Menschen mit Behinderung werden
499 wir gemeinsam mit Arbeitsagenturen, Unternehmen und Verbänden
500 verbessern, Integrationsbetriebe fördern. Vorrangig unterstützen wir
501 Unternehmen, die Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zur Verfü-
502 gung stellen.

503

504 Für verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
505 und im Wohnungsbau, bei der Kommunikation sowie im Internet, im
506 Verkehr und im Gesundheitswesen setzen wir uns ein.

507

508 Begründung: erfolgt mündlich

509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551

25 (Kreisvorstand)

Die Zeilen 529 bis 598 werden ersetzt durch:

Gesundheit und Pflege demografiefest gestalten

Eine hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen in Schleswig-Holstein muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Vermögen und Wohnort gewährleistet bleiben.

Basis ist eine tragfähige solidarische Finanzierung. Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihres Einkommens einzahlen.

Die konsequente konzeptionelle Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Infrastruktur ist der richtige Weg, um dem demografischen Wandel und drohender Versorgungslücken zu begegnen. Wir festigen die wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen in allen Regionen Schleswig-Holsteins und tragen dazu bei, das Denken in „Sektoren“ abzubauen. Wir setzen auf Kooperation.

Die stationäre Versorgung in Schleswig-Holstein steht unter hohem Kostendruck. Schleswig-Holsteinische Krankenhäuser erhalten für die gleiche Leistung weniger Geld. Wir brauchen einen bundesweit einheitlichen Landesbasisfallwert.

Der hausärztlichen Versorgung der Menschen soll Lotsenfunktion zukommen.

Im fach- und spezialärztlichem Bereich und in der Notfallversorgung sind Ärzteschaft und Kliniken gemeinsam mit der Region gefordert, ein gut erreichbares Angebot zu organisieren. Wir setzen auch auf die Bereitschaft der Selbstverwaltung, gemeinsam mit der Landesregierung bedarfsgerechte an den PatientInnen orientierte regionale Konzepte zu entwickeln.

Der wachsende Anteil älterer Menschen macht eine Stärkung der geriatrischen Versorgung, der Palliativmedizin und der Hospizangebote nötig.

552 Um drohendem Ärztemangel entgegenzuwirken setzen wir auf die
553 Kooperation mit Krankenhäusern, Kassenärztlichen Vereinigungen
554 und Kommunen.

555

556 Eine gute medizinische Ausbildung in Kiel und Lübeck ist unverzichtbar für
557 die Förderung ärztlichen Nachwuchses.

558

559 In der Konkurrenz um Fachkräfte unterstützen und fördern wir vorrangig die
560 Nachwuchsförderung bei allen Gesundheits- und Pflegeberufen. Gesunde
561 Arbeits- und gute Rahmenbedingungen sind uns wichtig. Bei den freien
562 nichtärztlichen Berufen haben insbesondere Hebammen/Entbindungspfleger und niedergelassene PsychologInnen und Psycho-
563 therapeutInnen unsere Unterstützung.

564

566 Wir setzen uns für eine Fortschreibung des Landes-Psychiatrieplanes im
567 Sinne eines Handlungskonzepts ein, mit dem wir der überproportionalen
568 Zunahme der psychischen Erkrankungen entgegenwirken.

569

570 Wir fordern ein Präventionsgesetz auf Bundesebene, ausgestaltet als neue
571 Säule des Sozialversicherungssystems.

572

573 Wir verbessern die Gesundheitserziehung und stärken die Gesundheitsprä-
574 vention in Schleswig-Holstein mit dem Schwerpunkt Bekämpfung der gro-
575 ßen Volkskrankheiten. Dafür streben wir gesunde Kindergärten, gesunde
576 Schulen und - gemeinsam mit der Wirtschaft - gesunde Arbeitsplätze an.

577

578 Gute Kranken- und Altenpflege hilft den Betroffenen und stärkt die Zufrie-
579 denheit der Beschäftigten in der Pflege. Deren Anwalt wollen wir sein, auch
580 gegenüber allen Arbeitgebern, Trägern und Diensten.

581

582 Wir wollen, dass mehr junge Menschen sich für Pflegeberufe entscheiden
583 und mit guten Arbeitsbedingungen ihr Beruf attraktiv bleibt, besser: attrakti-
584 ver wird.

585

586 Die Altenpflegeausbildung muss zügig wie in der Krankenversicherung kos-
587 tenfrei sein.

588

589 Wir fordern eine moderne Gesetzgebung zur Pflegeausbildung vom Bund
590 und werden das Landesrecht im Pflegegesetzbuch entsprechend ergänzen.

591

592 Wir setzen uns für einen durchlässigen Qualifizierungsaufstieg bis hin zu
593 Pflegestudiengängen ein.

594

595 Eine Pflegekammer und eine Berufsordnung, wie sie bei anderen Heilberu-
 596 fen, verbessert kann das Image und die gesellschaftliche Anerkennung der
 597 Pflegeberufe verbessern. Wir werden mit den Betroffenen Initiativen zur
 598 Einführung einer Kammer und einer Berufsordnung starten.

599
 600 Ineffiziente Kontrollstrukturen und Bürokratie zu Lasten der zu Pflegenden
 601 bauen wir ab. Wir ertüchtigen die Einrichtungen und Dienste bei ihrer Auf-
 602 gabe, einfache Dokumen-tation der Pflgetätigkeiten einzuführen, um mehr
 603 Zeit für Pflgetätigkeiten zu gewinnen.

604
 605 Wir akzeptieren für mehr Pflegequalität und eine Dynamisierung der Leis-
 606 tungen auch eine Beitragserhöhung.

607
 608 Ohne einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wird es keinen Weg weg von
 609 der Minuten-pflege hin zur individuellen und patientenorientierten Pflege
 610 geben.

611
 612 Wir fordern eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, die vor allem
 613 die ambulante Versorgung stärkt. (Teilstationäre Angebote, Unterstützung
 614 bei Demenz, höhere Sachleistungen bzw. mehr Pflegegeld, Unterstützung
 615 pflegender Angehöriger).

616
 617 Wir wollen, dass die Pflegeversicherung über Modellversuche auch finansi-
 618 ell die Entwicklung neuer Betreuungs- und Wohnformen sowie
 619 Wohnumfeldverbesserungen fördern kann. Der viel zu hohe Anteil stationä-
 620 rer Pflege muss zurückgedrängt werden.

621
 622 Wir fordern Pflegestützpunkte auch noch in den letzten Kreisen, damit Pfl-
 623 gebedürftige und deren Angehörige in ganz Schleswig-Holstein individuell
 624 passende Pflege erhalten.

625
 626 Begründung: erfolgt mündlich

627

628

629 **26 (Kreisvorstand, AK Europäische Energiepolitik)**

630

631 **Ergänze in Zeile 608:**

632 Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Der
 633 Staat trägt die Verantwortung für die Bereitstellung. Eine sozialdemokrati-
 634 sche Energiepolitik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander in
 635 Einklang bringen. Wir wollen eine nachhaltige und sichere Energieversor-
 636 gung, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt.

637

638 Begründung: erfolgt mündlich

639 **27 (Kreisvorstand, AK Europäische Energiepolitik)**

640

641 **Ergänze in Zeile 639:**

642 Programm zur energetischen Gebäudesanierung müssen fortgesetzt wer-
643 den. Dies erhöht die Energieeffizienz. Unser Ziel ist es, jährlich mindestens
644 3% des Gebäudebestandes entsprechend instand zu setzen.

645

646 Begründung: erfolgt mündlich

647

648

649 **28 (Kreisvorstand, AK Europäische Energiepolitik)**

650

651 **Ersetze Zeile 625 – 631 durch:**

- 652 • Die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen darf
653 nicht zu Monokulturen, Belastung des Grundwassers und Rückgang
654 der Artenvielfalt führen. Neue Biogasanlagen müssen zur größt
655 möglichen Verwertung von Reststoffen genutzt werden; sie werden
656 nur noch genehmigt, wenn sie ein Wärmekonzept nachweisen, das
657 fossilen Brennstoffeinsatz vermindert. Bestandsanlagen sind um-
658 und nachzurüsten.

659

660 Begründung: erfolgt mündlich

661

662

663 **29 (Kreisvorstand, AK Europäische Energiepolitik)**

664

665 **Ergänze in Zeile 651:**

666 Hochspannungsleitungen sollen in den Trassen der Autobahnen und der
667 Bahn verlaufen. Beim Ausbau der Netze sind Planungskompetenzen an
668 den Bund abzutreten, um ein bundesweites Gesamtkonzept und zügiges
669 Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. An dem transparenten Planungs-
670 verfahren, das eine Strategische Umweltprüfung (SUP) beinhalten muss,
671 sind Bürgerinnen und Bürger von Beginn an einzubinden. Zusammen mit
672 anderen Bundesländern werden wir den Masterplan „Smart Grid“ aufstellen,
673 um bis 2030 ein funktionierendes intelligentes Stromnetz in Deutschland
674 aufzubauen.

675

676 Begründung: erfolgt mündlich

677

678

679

680

681

682 **30 (Kreisvorstand, AK Europäische Energiepolitik)**

683

684 **Ersetze Zeile 633 – 635 durch:**

- 685 • Bereits im Jahr 2006 kamen 50% des gesamten Stromverbrauchs in
- 686 Schleswig- Holstein aus **Windenergie**. Sie ist für uns die wichtigste
- 687 Energiequelle. Im Jahr 2020 wollen wir mehr Strom aus
- 688 erneuerbaren Energien produzieren als wir im Land selbst
- 689 verbrauchen. Dafür werden wir die planerischen
- 690 Rahmenbedingungen für Repowering der 6000 Windenergieanlagen
- 691 in SH, die älter sind als 10 Jahre, aktualisieren. Wir wollen den
- 692 Aufbau des Offshore-Bereichs voranbringen. Wir werden den Anteil
- 693 der Windenergieeignungsflächen an der Landesfläche von den jetzt
- 694 geplanten 1% auf maximal 2% verdoppeln, wenn von kommunaler
- 695 Ebene einvernehmlich mehr Flächen angemeldet werden.

696

697 Begründung: erfolgt mündlich

698

699

700 **31 (Kreisvorstand AK, Europäische Energiepolitik)**

701

702 **Ergänze in Zeile 656:**

- 703 • Beim Aufbau der Netze ist die Zusammenarbeit auf **europäischer**
- 704 **Ebene** zu suchen. Besondere Priorität hat für Schleswig-Holstein
- 705 dabei der **Ostseeraum**. Dabei gilt für uns: Der Ausbau von
- 706 erneuerbaren Energien muss ostseeweit forciert werden. Im Sinne
- 707 von Best Practice ist auf diesem Themenfeld auch die
- 708 Zusammenarbeit zwischen Regionen mit einem hohen Anteil
- 709 erneuerbarer Energien und Regionen mit einem geringen Anteil im
- 710 gegenseitigen Interesse zu intensivieren. Hier kann Schleswig-
- 711 Holstein seine Kompetenzen einbringen (Stichwort Windenergie) und
- 712 gleichzeitig davon profitieren. In vielen Ländern der Ostseeregion
- 713 sind gewaltige Potentiale zur Energieeinsparung vorhanden, in
- 714 anderen gibt es bereits Erfahrungen mit Programmen und
- 715 Maßnahmen zur Energieeinsparung. Diese Kompetenzen und
- 716 Anforderungen müssen zusammengebracht werden, um eine
- 717 wirksame Energieeinsparung im gesamten Ostseeraum zu
- 718 realisieren. Gleichzeitig schaffen Energieeinsparmaßnahmen (z.B.
- 719 Wärmedämmung) auch Arbeitsplätze. Der Aufbau von ostseeweiten
- 720 smart-grids ist anzustreben, um den aus erneuerbaren Energien
- 721 produzierten Strom ostseeweit zu nutzen. Dabei ist insbesondere die
- 722 grenzüberschreitende Einspeisung von Strom aus Ostseeoffshore-
- 723 Windanlagen zu regeln. EU-Förderprogramme müssen konsequent
- 724 auf die Zielrichtung „Energieversorgung ohne Atomstrom“

725 ausgerichtet werden. Für die Nutzung der Kernenergie dürfen keine
726 EU-Gelder mehr zur Verfügung gestellt werden, auch nicht für
727 entsprechende Forschungsvorhaben.

- 728 • Wir werden zur Verfügung stehende **Fördermittel** auf Bundes- und
729 EU-Ebene für eine neue Energiepolitik in größtmöglicher Höhe
730 akquirieren. Dazu werden wir ein Landes-Förderprogramm
731 „Nachhaltige und sichere Energie Schleswig-Holstein“ auflegen, in
732 dessen Rahmen sowohl Forschungs- und Entwicklungsprojekte an
733 unseren Universitäten und die Realisierung von Energieprojekten
734 sowie Ausbildungs- und Qualifizierung in diesem Bereich gefördert
735 werden.

736

737 Begründung: erfolgt mündlich

738

739

740 **32 (OV Strande)**

741

742 Im Entwurf des Regierungsprogramms in Zeile 682 ist der Küstenschutz
743 gleichrangig zum Hochwasserschutz zu nennen.

744

745 Begründung: Eine Begrenzung auf den Hochwasserschutz schließt den
746 Schutz der Küsten vor Landverlust und Uferrückgangs aus. Der Hochwas-
747 serschutz bezieht sich im Wesentlichen auf den Schutz der Bevölkerung
748 und den Schutz von Sachgütern vor Überschwemmungen. Schleswig-
749 Holstein ist ein Küstenland und so ist es sinnvoll den Küstenschutz als in-
750 tegrativen Bestandteil zum Schutze des Menschen und der Natur zu berück-
751 sichtigen.

752

753

754 **33 (Jusos RD-Eck)**

755

756 Nach Zeile 731 einfügen: "Wir wollen nachhaltiges Wachstum, die Siche-
757 rung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze."

758

759 Begründung: erfolgt mündlich

760

761

762 **34 (Jusos RD-Eck)**

763

764 Nach Zeile 742 einfügen: „Wir wollen Gute Arbeit für alle Menschen in
765 Schleswig-Holstein. Wir wollen Arbeit, von der die Menschen gut leben
766 können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit bedeutet Sicherheit und er-
767 möglicht Teilhabe“.

768

769 Begründung: erfolgt mündlich

770

771

772 **35 (Jusos RD-Eck)**

773

774 Hinter „.. weg bringen.“ in Zeile 756 einfügen: „Wir setzen uns darüber hin-
775 aus für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens
776 8,50 Euro ein“.

777

778 Begründung: erfolgt mündlich

779

780

781 **36 (Jusos RD-Eck)**

782

783 Nach Zeile 761 einfügen: „Der zunehmenden Zahl von Leih- und Zeitar-
784 beitsverhältnissen muss begegnet werden. Eine dauerhafte Verdrängung
785 von regulärer Beschäftigung muss ausgeschlossen werden. Deshalb wollen
786 wir uns dafür einsetzen, dass der Leih- und Zeitarbeit stärker begrenzt wird.
787 Zudem muss auch hier das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gel-
788 ten“.

789

790 Begründung: erfolgt mündlich

Antrag Nr.: S 1
Antragsteller: Kreisvorstand

Das Land „demografiefester“ machen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Die Versorgung der älter werdenden Menschen im ländlichen Raum und in
- 4 städtischen Quartieren mit sozialen und pflegerischen Betreuungsangeboten sowie
- 5 die Anpassung des Wohnraums an eine sich Demografie bedingt verändernde
- 6 Nachfrage ist das zentrale Ziel zukunftsorientierter Sozialpolitik und muss als
- 7 Aufgabe guter Daseinsvorsorge vor Ort frühzeitig und gemeinsam mit den
- 8 BürgerInnen angegangen werden.
- 9
- 10 Aufgabe der Kreisebene wird es sein, über eine geordnete sozialräumliche Planung
- 11 eine übergreifende und koordinierende Funktion einzunehmen, z.B. um zu
- 12 überörtlich abgestimmten Entwicklungen und wirtschaftlich vernünftigen Strukturen
- 13 zu kommen.
- 14
- 15 Auf allen Ebenen geht es dabei um vernetzte Konzepte, die bauliche und soziale
- 16 Infrastruktur (professionelle wie bürgerschaftlich getragene Unterstützung) ebenso in
- 17 den Blick nehmen, wie die oft komplizierten Finanzierungsbedingungen und
- 18 Fördermöglichkeiten.
- 19
- 20 Vor allem kleinere Gemeinden und Ämter sind bei einer Planung daher auf
- 21 professionelle Beratung angewiesen, für die es im Land bisher aber noch nicht
- 22 genügend Angebote gibt.

23

24 Eine SPD-geführte Landesregierung soll sich daher politisch dafür einsetzen, dass

25

- 26 • die Wohn- und Betreuungsangebote für hilfebedürftige ältere Menschen vor
- 27 Ort den Trend in die stationäre Pflege stärker durchbrechen helfen
- 28 • auch die bisher skeptischen Kreise sich in diesem Bereich politisch dazu
- 29 bekennen, dass der selbstbestimmten Versorgung älterer Menschen im
- 30 Rahmen der Daseinsvorsorge ein neuer Stellenwert zukommt, der kommunale
- 31 Anstrengungen erfordert.
- 32 • die Ämter dabei eine neue planerische Rolle im ländlichen Raum bekommen
- 33 • Best practise kommuniziert wird und anderen hilft, voranzukommen.

34

35 Die zukünftige Landesregierung soll sich insbesondere dafür einsetzen, dass

36

- 37 • die bestehenden Beratungsstrukturen in S-H ausgebaut werden
- 38 • die verbliebenen vier Kreise ohne Pflegestützpunkt endlich einen solchen
- 39 einrichten
- 40 • die Wohnungsbauförderung (Bund und Land) stärker auf die Anpassung an
- 41 Demografie bedingte Bedarfe mit Schwerpunkt ländlicher Raum ausgerichtet
- 42 wird
- 43 • die Pflegeversicherung nach dem Vorbild der Krankenversicherung sich die
- 44 Kosten für die Ausbildung in der Altenpflege trägt
- 45 • die Pflegeversicherung über Modellversuche auch finanziell die Entwicklung
- 46 neuer Betreuungs- und Wohnformen sowie Wohnumfeldverbesserungen
- 47 fördern kann
- 48 • insgesamt der ambulante Bereich stärker gefördert wird (Teilstationäre
- 49 Angebote, Unterstützung bei Demenz, höhere Sachleistungen und mehr
- 50 Pflegegeld).

51

52 Eine Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung dafür ist unvermeidlich..

Begründung: erfolgt mündlich

Antrag Nr.: S 2
Antragsteller: Kreisvorstand

**Nur „Gute Leute“ machen „Gute Pflege“
Mehr Pflegefachkräfte durch bessere Ausbildung gewinnen**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Der demografische Wandel wirkt unter dem Eindruck des bereits einsetzenden
4 Fachkräftemangels und andererseits des demografisch bedingten Mehrbedarfs an
5 pflegerischen Dienstleistungen im Bereich Pflegeberufe mit einem sozial- und
6 gesundheitspolitisch fatalen Scheren-Effekt.

7

8 Aus sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung gegenüber Kranken und beson-
9 ders hilfebedürftiger älterer Menschen ist es politisch auf allen Ebenen notwendig,
10 gemeinsam mit Verbänden, Arbeitgebern und vielen anderen Akteuren Menschen für
11 die Pflegeberufe zu begeistern.

12

13 Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss der Zugang zu den Pfl-
14 geberufen radikal erleichtert und vereinfacht werden, um alle Menschen, die sich für
15 die Pflege engagieren wollen, auch für diese Berufe zu gewinnen und ihnen einen
16 zügigen Einstieg zu ermöglichen.

17

18 Ungeachtet aller sonstigen Aktivitäten zur Gewinnung von Fachkräften für in Zukunft
19 *alle* härter um Nachwuchs konkurrierende Branchen sieht die Schleswig-Holstein
20 SPD es als absolute Priorität - auch ggü. anderen Branchen - an, mit großem Vor-
21 rang Nachwuchs und Auszubildende für die Pflegeberufe zu gewinnen.

22

23

24 Die **Schleswig-HolsteinSPD fordert** zur Erreichung dieses Ziels:

- 25 • eine zügige Abschaffung des Schulgelds in der Altenpflegeausbildung
- 26 • endlich die überfällige völlige Neugliederung der Ausbildung in der Pflege auf
27 Bundesebene - mit einem integrierenden Ansatz für Alten- *und* Krankenpflege
28 und nach Vorbild eines dualen Systems: d.h. mit betrieblicher und schulischer
29 Ausbildung
- 30 • eine entsprechend begleitende Reform der Schullandschaft in der Altenpflege
31 in S-H: die Träger der Altenpflegesschulen sollen für ein Konzept zum Umbau
32 der bisherigen Schulen in Institute zur Fortbildung und Qualitätssicherung ge-
33 wonnen werden, das es ermöglicht, sich über eine modulare Ausbildung (auch
34 neben der praktischen Arbeit in der Pflege oder in Teilzeit oder begleitend in
35 Familienzeit) für einen Aufstieg bis hin zu akademischen Abschlüssen zu qua-
36 lifizieren
- 37 • die Öffnung der Ausbildung in der Pflege für noch nicht volljährige Schulabsol-
38 venten und die Möglichkeit zum direkten Umstieg in eine Ausbildung aus dem
39 FSJ und dem Freiwilligendienst bei begleitender Reform des Jugendarbeits-
40 schutzes
- 41 • die Wiedereinführung der Förderung auch des dritten Ausbildungsjahres in der
42 Altenpflege durch die Bundesagentur für Arbeit
- 43 • die Möglichkeit der Teilzeitausbildung, insbesondere für Alleinerziehende
- 44 • die Bereitschaft der Träger und Arbeitgeber in der Pflege, sich nach Kräften
45 selbst für bessere, d.h. gesundheitsfördernde und familien-/frauenfreundliche
46 Arbeitsbedingungen schon in der Ausbildung zu engagieren.

47
48 Das Land soll die Zahl der geförderten Ausbildungsplätze bis zu einer solchen Re-
49 form erhöhen. An den Kosten sollen sich Einrichtungen und Dienste beteiligen.

Begründung: erfolgt mündlich

Antrag Nr.: S 3
Antragsteller: Kreisvorstand

**Nur „Gute Arbeit“ macht „Gute Pflege“
Solidarität mit allen Beschäftigten in der Pflege**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Demografisch bedingt steigt bereits heute die Nachfrage nach qualifizierter Pflege-
4 und Betreuungsdienstleistung. In der Konkurrenz um Fachkräfte und um Nachwuchs
5 in allen Branchen und zur Verbesserung der bereits heute schwieriger und schlechter
6 werdenden Arbeitsbedingungen sind Arbeitgeber, Verbände, Kostenträger und Staat
7 sowie die Tarifpartner in der gemeinsamen Pflicht, neben der Ausbildung die Arbeits-
8 bedingungen in den Pflegeberufen grundlegend zu verbessern.

9

10 Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind nicht nur Ausdruck von Unterfinanzierung.
11 Viele Mißstände sind auch Folge fehlenden Fachpersonals und schlechten Manage-
12 ments in Einrichtungen und Diensten. Dazu kommt ein Überangebot an stationären
13 Plätzen, der wiederum den Druck auf Einrichtungsträger und Dienste erhöht.

14

15 Die SPD Schleswig-Holstein macht sich zum Anwalt der Beschäftigten und wird sich
16 mit Priorität auf allen geeigneten Ebenen für die Beschäftigten in der Pflege und ihre
17 Belange stark machen.

18

19 Die Schleswig-HolsteinSPD fordert:

- 20 • einen der Verantwortung in der Pflege entsprechenden auskömmlichen Min-
21 destlohn für alle Berufe in der Pflege

- 22 • verbindliche über das Entgeltsystem („Pflegesätze“) vergütete Fortbildungen
23 für alle MitarbeiterInnen in Pflegeberufen, auch zur Verbesserung der Auf-
24 stiegschancen
- 25 • verpflichtend passgenaue gesundheitsfördernde Präventionsmaßnahmen in
26 allen „Pflegebetrieben“ im Rahmen der Umsetzung des Arbeitsschutzes und
27 der Unfallverhütung, bei der betrieblichen Gesundheitsförderung und im be-
28 trieblichen Eingliederungsmanagement
- 29 • gezielte Schulung aller Führungskräfte in der Pflege (vor allem in den Berei-
30 chen Mitarbeiterführung, Kommunikation, Dokumentation) zur Verbesserung
31 des Führungsverhaltens und zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen
- 32 • Fortbildungsmöglichkeiten für alle Pflegefachkräfte in Familienpausen (Arbeit-
33 geber) und für Wiedereinsteiger (Bundesagentur für Arbeit)
- 34 • stärkere Nutzung von Arbeitszeitkonten und flexiblen Arbeitszeitmodellen,
35 auch zur Vermeidung von Leiharbeit
- 36 • eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch bevorzugte und
37 den beruflichen Anforderungen von Pflegekräften entsprechende Kinderbe-
38 treuung.

39

40 Die Schleswig-HolsteinSPD mahnt nachdrücklich, dass alle Arbeitgeber in der Pfl-
41 ege, insbesondere auch öffentliche, kirchliche und freigemeinnützige Ein-richtungen
42 und Dienste sich stärker für die Belange ihrer Beschäftigten einsetzen müssen, un-
43 abhängig von den Rahmenbedingungen in Vergütungsverträgen mit Kostenträgern.
44 Das gilt insbesondere für die Beseitigung überkommener hierar-chischer Strukturen
45 v.a. in Einrichtungen, die Pflege immer noch nicht als qualifizierte eigenständige Lei-
46 stung an den zu Betreuenden begreifen.

47

48 Wir fordern eine Landespflegekonferenz, die als dauerhafte Institution auch das Ziel
49 verfolgt, die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Die Pflegekräfte im Lande
50 sollen über die Einrichtung einer Pflegekammer entscheiden können.

51

52 Die Schleswig-HolsteinSPD ermutigt und unterstützt alle Pflegekräfte, sich effektiver
53 zu organisieren und fordert Gewerkschaften und Berufsverbände dazu auf, gemein-
54 sam das Selbstbewußtsein und die Bereitschaft zu berufsständischem Engagement

55 in eigener Sache stärker zu fördern und sich auch konkreter durch Arbeitsverträge
56 und -bedingungen verursachter Mißstände anzunehmen.

Begründung:

Die Arbeit in der Alten- und Krankenpflege ist erfüllend, aber auch gesundheitlich belastender als andere Berufe. Der politische Einsatz für Verbesserungen in der gesamten Pflege ist eine wichtige Form der Anerkennung für die Leistungen in den Pflegeberufen. Ohne eine angemessene Bezahlung wird das Fachkräfteproblem in der Pflege nicht lösbar sein. Für die Gewinnung von Nachwuchs und zur Verbesserung von Gesundheit und Arbeitszufriedenheit müssen aber auch die Arbeitsbedingungen in der gesamten Pflege attraktiver werden. Viele Mißstände am Arbeitsplatz „Pflege“ sind nicht allein mit Kostenaspekten zu erklären.

Es versteht sich von selbst, daß Unternehmen, die mit der Gesundheit anderer Erträge erwirtschaften, sich konsequenter als andere um die Gesundheit und Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten kümmern müssen. Auch in Schleswig-Holstein haben sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege eher verschlechtert.

Der Krankenstand der Krankenpfleger ist (vgl. KHH-Allianz, 2009) der zweit höchste aller Berufsgruppen. Um berufsbedingten Krankheiten vorzubeugen, ist verbindliche Fortbildung für Führungs- und Leitungskräfte notwendig. Um insbesondere den hohen Risiken psychischer Erkrankungen sowie Erkrankungen der Muskulatur und der Gelenke zu begegnen, bedarf es vor allem in diesen Bereichen einer festgelegten Mindestqualität an Maßnahmen.

Etwa drei Viertel der Beschäftigten allein in der Altenpflege sind weiblich. Da Frauen heutzutage immer noch nach der Geburt zu Hause bleiben, müssen Fortbildungen angeboten werden, die den Anschluß erhalten und den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Die Teilzeitarbeitsmodelle müssen den spezifischen Anforderungen im Pflegebereich besser angepaßt werden.

Auch müssen z.B. verstärkt Arbeitszeitkonten eingesetzt werden, um der Schichtarbeit und den unregelmäßigen Anforderungen gerecht zu werden. Arbeitgeber können auch durch Sponsoring von Kindergarten- oder Tagesmutterplätzen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Die Kommunen und die anderen Träger müssen eine flexible Nutzung von Ganztagskindergartenplätzen ermöglichen.

Traditionell sind Pflegekräfte aus eher altruistischen Gründen und mit Rücksicht auf die Besonderheiten ihrer Klientel nicht so effizient organisiert, wie andere Berufsgruppen, die so wesentlich konsequenter für ihre Belange eintreten. Orientiert an den berufsständischen Organisationen in skandinavischen Ländern sollten sie in ihrer Interessenvertretung unterstützt und ermutigt werden. Dazu soll die SPD als Partei

demonstrativ Solidarität mit den Menschen in den Pflegeberufen leisten, aber auch in einer Regierung sichtbare Beiträge zur Verbesserung der Verhältnisse im Sinne einer „Guten Arbeit“, die gute Pflege erst ermöglicht.



**Außerordentlicher Kreisparteitag
am 19. November 2011**

Kulturzentrum „Hohes Arsenal“, Rendsburg

Antrag Nr.: V 1
Antragsteller: Kreisvorstand

Stadt- und Regionalbahn voranbringen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Rendsburg-Eckernförde hält die Stadt- und Regionalbahn nach wie vor für
- 2 ein Projekt, das nicht nur eine umweltverträgliche Mobilität in der Zukunft sicherstellt,
- 3 sondern auch für die gesamte Region erhebliche positive regionalwirtschaftliche
- 4 Auswirkungen haben wird.
- 5
- 6 Die SPD Rendsburg-Eckernförde fordert deshalb den Kreis Rendsburg-Eckernförde,
- 7 die weiteren beteiligten Gebietskörperschaften sowie das Land auf, die Realisierung
- 8 der Stadt- und Regionalbahn weiter voranzubringen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag Nr.: V 2
Antragsteller: Kreisvorstand

Gigaliner – Streckenführung durch den Kreis RD-Eck

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesregierung wird aufgefordert, sich an dem so genannten Feldversuch des
- 2 Bundesverkehrsministeriums zum Einsatz von Fahrzeugkombinationen mit
- 3 Überlänge (sogenannte Gigaliner/Lang-LKW) nicht zu beteiligen.
- 4
- 5 Die SPD Rendsburg-Eckernförde unterstützt die Ablehnung des Deutschen
- 6 Landkreistages, der den Feldversuch, mit der unerwünschten Verlagerung von
- 7 Gütertransporte von der Schiene auf die Straße und die Beeinträchtigung der
- 8 Verkehrssicherheit begründet.
- 9
- 10 Wir sehen eine nicht hinnehmbare Belastung u. a. durch eine erhöhte Schadenslast
- 11 für die Straßen und bei schwierigen Verkehrssituationen - etwa bei Überholmanövern
- 12 und Begegnungen mit Fahrrädern oder Fußgängern.
- 13
- 14 Der Klimawandel und der zunehmende Verkehr auf den Straßen verlangt sinnvolle,
- 15 sichere und umweltfreundliche Alternativen wie z.B die Verlagerung großer
- 16 Gütermengen über lange Distanzen auf die Bahn und die Wasserwege.

Begründung:

Erfolgt mündlich